



FOTO: DANIEL OSPHET

Regierung will Rückhalt erzwingen

Spannende Entwicklung in Sachen Pensionsversicherung für das Staatspersonal: Nachdem einzelne angeschlossene Gemeinden über einen Austritt beraten bzw. einen Austritt bereits beschlossen haben, sorgte die AHV mit der Ankündigung, ebenfalls die Pensionskasse zu wechseln, für Aufsehen. Die Regierung will nun die staatsnahen Betriebe zur PVS zwangsverpflichten.

→ Am vergangenen Mittwoch teilte der Verwaltungsrat (VR) der AHV der Regierung seine Absicht mit, aus der Pensionskasse für das Staatspersonal (PVS) auszutreten. Dass dies dem ureigenen Interesse der Regierung zuwiderläuft, die staatsnahen Betriebe an die PVS zu binden, ist selbsterklärend: «Aus Sicht der Regierung sind Sonderlösungen einzelner Anschlüsse auf Kosten der Steuerzahler inakzeptabel», verurteilt die Regierung den Schritt ungewohnt scharf. «Aus diesem Grund wird die Regierung an ihrer nächsten Sitzung die Eignerstrategien dahingehend abändern und dem Landtag zur Kenntnis bringen.»

Wie viel Staat darf sein?

Dass gerade die AHV als Spezialistin für Altersvorsorge diesen Schritt wagt, ist sehr aussagekräftig. Die Fraktionssprecherin der Freien Liste (FL), Helen Konzett Bargetze, sieht das als gutes Zeichen für die Regierungslösung, die in der September-Landtagssitzung vom Landtag durchgewunken wurde: «Die Ausstiegsintention zeigt schön, dass das vom Landtag verabschiedete Sanierungspaket zur PVS keine Luxusleistungen anbietet», erklärte sie gegenüber dem «Liechtensteiner Volksblatt». Ausserdem stellte sie fest, dass die Angestellten der staatsnahen Betriebe ebenfalls als Staatsangestellte angesehen

werden müssten und durch einen allfälligen Ausstieg der Kasse kein Nachteil entstehen dürfe.

Staatsnaher Betrieb ist nicht gleich staatsnaher Betrieb

Mit einer Zwangsverpflichtung stösst die Regierung aber nicht nur auf Zustimmung. «Das Ganze riecht ziemlich nach Juristenfutter», erklärt dazu VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser. Es laufe alles auf die Frage hinaus, in welchem Masse der Staat als Eigentümer in die Tätigkeit seiner Unternehmen eingreifen soll oder darf. Diese Diskussion ist selbstverständlich wieder Wasser auf die Mühlen der Unabhängigen (DU), welche

kürzlich die Änderung der Eignerstrategie für die Landesbank forderte. Hier wurde argumentiert, dass sich die Regierung nicht in die Strategie und die operativen Geschäfte der LLB einmischen werde. «Die Regierung hätte ihre PVS-Lösung vorab mit den Betrieben verhandeln müssen», kritisiert Harry Quaderer von DU. So wären solche Austritte von staatsnahen Betrieben wohl gar nicht erst zum Thema geworden. Auch bei den angeschlossenen Gemeinden wird ein Austritt diskutiert. Ruggell beschloss bereits den Ausstieg, die Entscheidungen von Schellenberg, Mauren, Gamprin und Triesen wurden noch nicht kommuniziert. mw